

*H. J. Ammitat*

# STATISTISCHE BERICHTE

Herausgeber: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes  
mit der Führung der Statistik für Bundeszwecke beauftragt.

---

Arb.Nr. VII/7/1

25.3.1950

## VERDRÄNGTE BEAMTE UND EHEMALIGE WEHRMACHT- ANGEHÖRIGE

Statistische Erhebung über den unter Art. 131  
des Grundgesetzes fallenden Personenkreis

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Wortlaut Artikel 131	2
I. Die Durchführung der Erhebung	2
II. Der durch die Erhebung erfasste Personenkreis	3
III. Ergebnisse der Vorausmeldung	5
IV. Tabellen über Ergebnisse der Vorausmeldung	
1 Verdrängte Beamten im Bundesgebiet nach Gruppen	11
2 Ehemalige Berufssoldaten im Bundesgebiet nach Gruppen	12
3 Verdrängte Beamte und ehemalige Berufs- soldaten	
Altersschichtung der Gruppen 1 - 5	13

## Artikel 131 des Grundgesetzes bestimmt folgendes:

" Die Rechtsverhältnisse von Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden, sind durch Bundesgesetz zu regeln. Entsprechendes gilt für Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 versorgungsberechtigt waren und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen keine oder keine entsprechende Versorgung mehr erhalten. Bis zum Inkrafttreten des Bundesgesetzes können vorbehaltlich anderweitiger landesrechtlicher Regelung Rechtsansprüche nicht geltend gemacht werden".

### I. Die Durchführung der Erhebung.

Zur Ermittlung der Größenordnungen, mit denen bei den Vorarbeiten zu dem Entwurf des angekündigten Bundesgesetzes gerechnet werden muß, waren ausreichende Unterlagen nicht vorhanden. Es ergab sich daher die Notwendigkeit, eine statistische Erfassung des unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personenkreises durchzuführen.

Das bei den Vorarbeiten zu dem Bundesgesetz federführende Bundesministerium des Innern ordnete diese statistische Erhebung im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzministerium und dem Bundesministerium für die Heimatvertriebenen als Statistik für Bundeszwecke an.

Die Erhebung wurde in der Zeit vom 9. Januar bis 1. Februar 1950 in allen Ländern des Bundesgebietes durchgeführt. Sie wurde in der Form vorbereitet, daß alle Personen, die nach den Richtlinien unter die Erhebung fallen, durch öffentliche Aufrufe, die teils zentral von der Bundesregierung, teils dezentral von den zuständigen Instanzen der Länder ausgingen, aufgefordert wurden, eine amtlich vorgedruckte Zählkarte auszufüllen und bei ihrer örtlich zuständigen Behörde abzugeben. Die öffentlichen Aufrufe wurden ausserdem durch die Verbände der Heimatvertriebenen und der anderen durch Artikel 131 des Grundgesetzes angesprochenen Personengruppen unterstützt.

Auf die öffentlichen Aufrufe und die Informationsmassnahmen der Verbände haben sich bis zum 1.2.50 in den einzelnen Gemeinden des Bundesgebietes etwas über 440 000 Personen gemeldet und - nach den Richtlinien - gültige Zählkarten abgeliefert. Die sehr umfangreichen Angaben auf diesen Zählkarten werden z.Zt. in den Statistischen Landesämtern bearbeitet. Vorweg ist jedoch bereits die Gesamtzahl der abgelieferten gültigen Zählkarten festgestellt und mit einigen wichtigen Daten der Zählkarten in einer "Vorausmeldung" erfasst worden. Die Ergebnisse dieser Vorausmeldung werden nachstehend bekanntgegeben.

## II. Der durch die Erhebung erfasste Personenkreis.

Ohne der gesetzlichen Regelung damit vorgreifen zu wollen, mußte im Interesse eines möglichst klaren und schnell zu erstellenden Überblicks der nach dem Wortlaut des Artikels 131 nicht genau definierte Personenkreis für die statistische Erhebung abgegrenzt werden.

Es wurden zunächst zwei Hauptgruppen bestimmt:

- 1) Berufsbeamte und Dauerangestellte sowie andere Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes mit 12 oder mehr Dienstjahren, (einschließlich deren Ruhegeldempfänger und Hinterbliebenen)

- BA - Personen -

- 2) Berufsmäßige Angehörige der ehemaligen Wehrmacht einschl. der Wehrmachtbeamten sowie der ehemaligen Führer und Führerinnen des Reichsarbeitsdienstes (einschl. deren Ruhegeldempfänger und Hinterbliebenen)

- W - Personen -

Die Hauptgruppe BA umfasst alle Deutschen, die am 31. Dez. 1949 ihren Wohnsitz im Bundesgebiet hatten und zu einer der nachstehend näher bezeichneten Personengruppe gehören:

Gruppe 1 Beamte oder Dauerangestellte, die am 8.5.45 bei einer ausserhalb der vier Besatzungszonen gelegenen Dienststelle des Reiches, des Preussischen Staates, einer Gemeinde (Gemeindeverband) oder einer anderen Körperschaft des öffentlichen Rechts beschäftigt waren und Inhaber eines Flüchtlingsausweises (in der britischen Besatzungszone Flüchtlingsausweis A) sind,

Gruppe 2 Beamte oder Dauerangestellte, die am 8.5.45 bei einer ausserhalb des jetzigen Bundesgebietes (insbesondere in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone) gelegenen Dienststelle des Reiches, des Preussischen Staates, einer Gemeinde (Gemeindeverband) oder einer anderen Körperschaft des öffentlichen Rechts beschäftigt waren und nicht zur Gruppe 1 gehören,

Gruppe 3 Beamte oder Dauerangestellte, die am 8.5.45 bei einer im jetzigen Bundesgebiet gelegenen, aber seither aufgelösten Dienststelle des Reiches oder des Preussischen Staates beschäftigt waren,

Gruppe 4 Beamte oder Dauerangestellte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, die nach dem 8.5.45 aus politischen Gründen (auf Grund der Kontrollratsdirektive Nr. 24) aus ihrem Amt entfernt worden sind,

Gruppe 5 Angestellte oder Arbeiter, die am 8.5.45 mit zwölf oder mehr Dienstjahren bei einer der in den Gruppen 1 bis 3 bezeichneten Dienststelle beschäftigt waren  
oder

nach dem 8.5.1945 aus politischen Gründen (auf Grund der Kontrollratsdirektive Nr.24) aus ihrer Stellung entfernt worden sind,

- Gruppe 6 Versorgungsempfänger, für die am 8.5.1945 keine Pensionskasse im jetzigen Bundesgebiet auf Grund einer Einweisung oder Überweisung zur Zahlung verpflichtet war und die von ihrer ehemals zuständigen Kasse Zahlung nicht erlangen können,
- Gruppe 7 Ehefrauen (Witwen) oder Kinder (Vollwaisen) solcher Personen, die am 8.5.1945 einer der vorgenannten Gruppen 1 bis 5 angehörten, aber seitdem verstorben oder gegenwärtig vermisst oder in Kriegsgefangenschaft (Internierung) sind.

Außer den Beamten im eigentlichen Sinne wurden auch die Dauerangestellten, soweit sie zu den Gruppen 1 bis 4 gehören, in die Erhebung einbezogen. Der Begriff "Dauerangestellte" wurde dabei dahin festgelegt, dass nur solche Angestellte als Dauerangestellte zu betrachten sind, die in einem beamtenähnlichen Dienstverhältnis beschäftigt waren. Neben der Unkündbarkeit bzw. Kündigungsmöglichkeit nur aus einem "wichtigen" Grunde im Sinne des BGB gehörte die versorgungsrechtliche Gleichstellung mit den Beamten als wesentliche Voraussetzung zu der Begriffsbestimmung der Dauerangestellten.

Zu den Personen der Gruppe 6 gehören Personen, die entweder bis zum 8.5.1945 Pensionszahlungen noch erhalten haben oder die Anspruch auf Zahlung von Pension hatten, aber keine Zahlung mehr empfangen. Diese Fälle waren verhältnismäßig zahlreich, weil inzwischen die zuständige Kasse aufgelöst war oder keine Zahlung mehr leisten konnte. Nur selten war eine Interimslösung in der Weise getroffen worden, dass eine Kasse innerhalb des Bundesgebietes die Versorgungsbezüge anstelle der an sich zuständigen Kasse auszahlte.

Die Gruppe 7 umfasst Ehefrauen und Kinder von Beamten usw., die am 8.5.1945 noch aktiv in einem öffentlichen Dienstverhältnis standen, sich jetzt aber in Gefangenschaft oder Internierung befinden oder inzwischen verstorben sind.

Nicht in die Zählung der BA-Personen einbezogen wurden zunächst einmal alle diejenigen, die nach dem 8.5.1945 von einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts mit allen bis zu dem genannten Zeitpunkt erworbenen Rechten übernommen worden sind. Dazu gehören also auch alle Hinterbliebenen, denen inzwischen volle Versorgung aufgrund der vor dem 8.5.1945 erworbenen Ansprüche des verstorbenen Ernährers zugbilligt worden ist.

Die Erhebung wurde nicht auf die Bediensteten der Reichsbahn und Reichspost ausgedehnt, da Bundesbahn und Deutsche Post als Rechtsnachfolger ihre "Verdrängten" selbst erfasst haben und ihre Ansprüche von sich aus regeln. Das gleiche gilt für Beamte, Angestellte und Arbeiter, die bei einer Kirche oder sonstigen Religionsgemeinschaft beschäftigt waren.

Ausgenommen von der Erhebung wurden ausserdem Personen, die hauptamtlich bei Dienststellen der NSDAP, deren Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden beschäftigt waren.

Die Hauptgruppe W umfasst Angehörige der ehemaligen Wehrmacht und des Reichsarbeitsdienstes, die am 31. Dez. 1949 ihren Wohnsitz im Bundesgebiet hatten und nachstehenden Gruppen zuzurechnen sind;

- Gruppe 1 Berufssoldaten (Offiziere),
- Gruppe 2 Berufssoldaten (Unteroffiziere),
- Gruppe 3 Berufsoffiziere des Truppensonderdienstes,
- Gruppe 4 Führer oder Führerinnen des Reichsarbeitsdienstes,
- Gruppe 5 Berufsbeamte auf Lebenszeit (Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst),
- Gruppe 6 Versorgungsempfänger der W-Personen,
- Gruppe 7 Ehefrauen (Witwen) und Kinder (Vollwaisen) der W-Personen.

Gegenüber den BA-Personen wurde für die Gruppen 1 bis 4 der W-Personen die Einschränkung gemacht, dass sie nur dann zu erfassen waren, wenn sie eine nach früheren Bestimmungen (Wehrmachtfürsorge- und -versorgungsgesetz, Einsatzfürsorge- und -versorgungsgesetz und dgl.) versorgungsberechtigte Gesamtdienstzeit von mindestens zehn Jahren nachweisen konnten. Als Stichtag, bis zu dem diese zehn Jahre zu rechnen waren, wurde der 20.8.1946 angenommen, also der Tag, mit dem die deutsche Wehrmacht gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 34 als aufgelöst zu betrachten war. Die Frist von zehn Jahren wurde als Mindestvoraussetzung zugrundegelegt, weil damit alle Personen erfasst wurden, die seinerzeit eine Versorgungsanwartschaft in Form von Beschäftigungsansprüchen im öffentlichen Dienst oder Pensionsansprüche erworben hatten. Diese 10 Jahre können auch bei geringerer Dienstzeit in der Wehrmacht usw. erreicht sein, wenn andere Dienstzeiten im öffentlichen Dienst bei Erreichung des Pensionsdienstalters anzurechnen waren.

Für die Gruppe 6 und 7 des W-Personenkreises gilt sinngemäß das gleiche wie für die entsprechenden Gruppen (6 und 7) der BA-Zählkarte.

Auch für die W-Zählung war im übrigen eine Erfassung aller derjenigen Personen ausgenommen, die nach dem 8.5.1945 mit den bis zum 8.5.1945 (bzw. 20.8.46) erworbenen Rechten in den öffentlichen Dienst übernommen waren.

### III. Ergebnisse der Vorausmeldung:

Nach Aussonderung der Zählkarten von Personen, die offensichtlich nicht in die Erhebung einzubeziehen waren, ergab sich aufgrund der Vorausmeldungen folgendes

### Vorläufiges Gesamtergebnis für das Bundesgebiet:

Beamte, Dauerangestellte, sonstige Angestellte  
und Arbeiter einschl. Versorgungsempfänger  
nach Zählkarte BA 248 345

Berufsmäßige Angehörige der ehemaligen Wehr-  
macht und des Reichsarbeitsdienstes einschl.  
Versorgungsempfänger  
nach Zählkarte W 194 324

zusammen also 442 669 erfasste Personen.

Diese Gesamtzahlen verteilen sich auf die einzelnen Länder wie  
folgt:

Land	Abgegebene Zählkarten					
	Verdrängte Beamte	je 100 000 Einw.	Ehemalige Berufs- soldaten	je 100 000 Einw.	Insgesamt	je 100 000 Einw.
Bundesgebiet	248 345	523	194 324	410	442 669	933
davon:						
Schlesw. Holst.	25 125	928	25 783	949	50 908	1 877
Hamburg	6 249	403	6 293	406	12 542	809
Niedersachsen	57 693	838	45 488	661	103 181	1 499
Nordrh.-Westf.	29 712	229	29 484	227	59 196	456
Bremen	3 077	566	3 541	651	6 618	1 217
Hessen	35 447	823	20 737	481	56 184	1 304
Württbg. Baden-	20 389	527	12 069	311	32 458	838
Bayern	60 091	650	38 921	422	99 012	1 072
Rheinld.-Pfalz	5 422	187	5 117	176	10 539	363
Baden	2 474	192	3 407	264	5 881	456
Württbg.-Hohen- zollern(ein- schl. Lindau)	2 666	222	3 484	290	6 150	512

Neben diesen Gesamtzahlen wurde in den Vorausmeldungen die zahlenmäßige Verteilung auf die einzelnen Gruppen angegeben, ausserdem für die Gruppen 1 bis 5 beider Zählkarten die Altersschichtung und für alle Gruppen die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Bei den letzteren handelt es sich um Personen, die zwar wieder im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, aber ohne dass ihre vor dem 8.5.45 erworbenen Rechte in vollem Umfange wieder anerkannt wurden.

In den anliegenden Tabellen ist der Anteil der einzelnen Länder an dem Ergebnis der Erfassung veranschaulicht.

Bei den BA-Personen stehen Bayern mit 24,2 vH und Niedersachsen mit 23,2 vH der insgesamt Erfassten an der Spitze; es folgen dann Hessen (14,3 vH), Nordrhein-Westfalen (12,0 vH), Schleswig-Holstein (10,1 vH), Württemberg-Baden (8,2 vH) und schließlich in weitem Abstand die Hansestädte und die Länder der französischen Zone.

Eine entsprechende Reihenfolge ist bei den W-Personen festzustellen. Hier führen Niedersachsen (23,4 vH) und Bayern (20,0 vH); in der "Mittellage" stehen Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen und Württemberg-Baden (zwischen 15,2 und 6,2 vH). Am Schlusse rangieren mit 3,2 bis 0,1 vH die übrigen Länder.

Das Bild der Verteilung der verdrängten Beamten und ehemaligen Berufssoldaten auf die einzelnen Länder verschiebt sich wesentlich, wenn anstelle der absoluten Zahlen Relativzahlen - auf der Basis je 100 000 Einwohner errechnet - zugrundegelegt werden. An der Spitze bei den BA-Personen steht dann Schleswig-Holstein (mit 928 je 100 000 Einw.), gefolgt von Niedersachsen (838), Hessen (823), Bayern (650). Auch Bremen (mit 566 je 100 000 Einw.) und Württemberg-Baden (mit 527 je 100 000 Einw.) liegen noch über, Hamburg (403 je 100 000 Einw.) unter dem Bundesdurchschnitt.

Sehr niedrig sind bei dieser Art der Darstellung die Zahlen von Nordrhein-Westfalen (229) und der Länder der franz.Zone (zwischen 222 und 187).

Ähnlich wird bei einer Umrechnung auf je 100 000 Einwohner das Bild der Länderanteile an den Zahlen der W-Personen. Auch hier rückt Schleswig-Holstein (mit 949 je 100 000 Einw.) an die erste Stelle. Mit weitem Abstand folgen Niedersachsen (661) und Bremen (651). Etwa dem Bundesdurchschnitt von 410 je 100 000 Einwohner entsprechen die Anteile von Hessen, Bayern und Hamburg (zwischen 481 und 406). Weit darunter liegen Württemberg-Baden (311) und wieder Nordrhein-Westfalen (227) sowie die Länder der französischen Zone (290 bis 176 je 100 000 Einw.).

Inwieweit die Zahl der erfassten Personen den wirklichen Verhältnissen entspricht, ob also die Erfassung den Anspruch einer genügenden Vollzähligkeit erheben kann, lässt sich nach den Vorausmeldungen noch nicht übersehen. Niedersachsen vermutet, mit etwas über 85 vH der tatsächlich vorhandenen Zahl verdrängter Beamten (im Sinne dieser Erhebung) ziemlich nahe gekommen zu sein. Ebenso hält Hessen seine Zählung mit einem Vollständigkeitsgrad zwischen 70 und 80 vH für ausreichend. Die Statistischen Landesämter werden diese Frage bei der endgültigen Aufbereitung noch prüfen, sodass der Aussagewert der ermittelten Zahlen dann abschließend beurteilt werden kann.

Sehr aufschlussreich sind die Zahlen über die Verteilung auf die einzelnen Gruppen.

Von den abgegebenen, nach der flüchtigen Vorprüfung "gültigen" BA-Zählkarten entfallen insgesamt im Bundesgebiet 33,4 vH (das sind 175 je 100 000 Einw.) auf die Gruppe 1 - Heimatvertriebene -, denen noch weitere 10,4 vH (54 je 100 000 Einw.) der Gruppe 2 - sonstige verdrängte Beamte usw., insbesondere Zugewanderte aus der Sowjetzone und Berlin - zuzurechnen sind. Auf Grund der Kontrollratsdirektive sind aus dem Dienst Entfernte, also Angehörige der Gruppe 4, mit 23,1 vH (121 je 100 000 Einwohner) an der BA-Gesamtzahl beteiligt.

Relativ unbedeutend ist der Anteil der Gruppe 3 - Beamte und Dauerangestellte aufgelöster Dienststellen - mit 4,0 vH (21 je 100 000 Einw.). Die Zahl der sonstigen Angestellten und Arbeiter, also der Gruppe 5, umfasst nur solche Personen, die zwölf und mehr Dienstjahre im öffentlichen Dienst nachweisen können; mit 12,2 vH der Gesamtzahl der BA-Personen (64 je 100 000 Einw.) machen sie angesichts dieser Einschränkung einer mindest zwölf-jährigen Dienstzeit einen beachtlichen Anteil aus.

Unverhältnismäßig klein erscheint die Zahl der erfassten Pensionäre (Gruppe 6) und der Ehefrauen, Witwen, Kinder und Waisen (Gruppe 7). Nach Unterlagen des Bundesfinanzministeriums müßten die Zahlen bei diesen Gruppen wesentlich höher sein. Einige statistische Landesämter vermuten, daß eine Verschiebung insofern eingetreten ist, als Personen, die zu den Gruppen 6 oder 7 gehören, statt dessen die Gruppen 1 und 2 bei der Zählkarte als für sie zuständig angegeben haben. Ob diese Annahme zutrifft, kann erst bei der endgültigen Prüfung und Signierung der Zählkarten festgestellt werden. Möglicherweise war auch die Tatsache, daß in einzelnen Ländern Pensionsvorschüsse und ähnliche Zahlungen an gebietsfremde Pensionäre geleistet werden, der Anlaß, daß ein Teil dieses Personenkreises sich nicht bei der Erfassung gemeldet hat.

Bedeutende Unterschiede ergeben sich in den verschiedenen Gruppen, wenn man die Ergebnisse der einzelnen Länder vergleicht. Bei der Gruppe 1 (Heimatvertriebene) liegen die Flüchtlingsländer an der Spitze, und zwar - nach dem Anteil an der Bevölkerung - Schleswig-Holstein (mit 409 je 100 000 Einw.), Niedersachsen (314), Bayern (240), also weit über dem Bundesdurchschnitt von 175 je 100 000 Einwohner.

Auch in der Gruppe 2 (Sonstige zugewanderte Beamte) übersteigen die Zahlen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen (je 110 von 100 000 der Bevölkerung) den von den anderen Ländern gehaltenen Durchschnitt (54).

Beamte aufgelöster Dienststellen, also Gruppe 3 der BA-Zählkarten, sind fast gleichmäßig auf alle Länder verteilt (zwischen 34 und 10 je 100 000 Einw.).

Ganz besondere Abweichungen sind aber in Gruppe 4 (Auf Grund der Kontrollratdirektive 24 aus dem Amt entfernte Beamte) festzustellen. Mit über 40 vH ist der Anteil dieser Personengruppe an den Gesamtzahlen der BA-Zählblätter in Bremen, Hessen und Rheinland-Pfalz höher als der Anteil der Gruppen 1 bis 3 zusammen. Nach dem Anteil an der Bevölkerung liegen Hessen (mit 333 je 100 000 Einw.), Bremen (mit 238), Württemberg-Baden (mit 198) und Bayern (mit 160) beträchtlich über dem Durchschnitt der anderen Länder. In Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen beträgt der Anteil dieser Gruppe nur 66 bis 56 je 100 000 Einwohner. Diese Abweichungen ergeben sich zum Teil aus den unterschiedlichen Entnazifizierungsbestimmungen der drei Besatzungszonen. Dabei muss aber berücksichtigt werden, daß starke Wanderungsbewegungen zwischen den Ländern stattgefunden haben und die angegebenen Zahlen nur nach dem augenblicklichen Wohnsitz ermittelt sind.

Bei Betrachtung der Tabelle über die Zahl der erfassten W-Personen fällt der hohe Anteil der Gruppe 2 (Unteroffiziere) mit 38,4 vH (das sind 157 je 100 000 Einw.) auf, an zweiter Stelle folgt die Gruppe 1 (Offiziere) mit 18,1 vH (74 je 100 000 Einw.).

Eine Sonderstellung innerhalb der W-Gruppen nehmen Berufsbeamte der Wehrmacht auf Lebenszeit ein (Gruppe 5). Als Angehörige der Wehrmacht sind sie hier miterfasst, obwohl sie nach Laufbahn, besoldungs- und versorgungsrechtlicher Regelung dem Kreise der im BA-Bogen erfassten Personen zuzurechnen sind. Grenzfälle sind die ehemaligen Offiziere des Truppensonderdienstes, die als besondere Gruppe 3 zu zählen waren, wahrscheinlich in vielen Fällen aber sich in den Zählblättern als Angehörige der Gruppe 5 bezeichnet haben.

Die Zahl der erfassten Führer und Führerinnen des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes entspricht in etwa den Angaben, wie sie von Vertretern dieser Gruppe vor Einleitung der Erhebung gemacht wurden.

Hinsichtlich der Gruppen 6 und 7 (Pensionäre, Ehefrauen, Witwen, Kinder, Waisen) gilt für die W-Zählblätter das gleiche wie für die entsprechenden Gruppen der BA-Personen. Nach den Unterlagen des Bundesfinanzministeriums dürften die abgegebenen Meldungen erheblich unter der wirklichen Zahl der vorhandenen Personen dieser Gruppen liegen.

Bei länderweisen Vergleichen innerhalb der einzelnen Gruppen ergeben sich auch bei den W-Zählblättern stärkere Abweichungen, die aber nicht so groß sind wie die Spannen bei den Gruppen der BA-Zählblätter und wohl mehr auf Zufälligkeiten zurückzuführen sind. In der Gruppe 1 (Berufsoffiziere) stehen mit Zahlen zwischen 169 und 100 je 100 000 Einwohner Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Hamburg an der Spitze.

Bei der Gruppe 2 (Berufs-Unteroffiziere) liegen über dem Bundesdurchschnitt Schleswig-Holstein (mit 366 je 100 000 Einw.), Bremen (mit 307), Niedersachsen (mit 246).

Bei den anderen W-Gruppen weichen die Länderzahlen nicht so wesentlich von dem Bundesdurchschnitt ab - mit Ausnahme der Wehrmacht-beamten, bei denen Schleswig-Holstein (mit 118 je 100 000 Einw.) aus dem Rahmen fällt.

Recht beachtliche Aufschlüsse geben die Tabellen über die Altersschichtung der Gruppen 1 bis 5.

Am stärksten sind bei den BA-Personen mit 31,8 vH der Gesamtzahl die Jahrgänge 1905 und jünger vertreten. Die übrigen Altersklassen nehmen hinsichtlich ihres Anteils an dem erfassten Personenkreis gleichförmig ab; die über 65 Jahre alten, also die Jahrgänge 1885 und älter, sind noch mit 5,7 vH beteiligt.

Ähnlich verläuft die Kurve bei den W-Personen. Nur sind hier - bedingt durch die große Zahl der erfassten Unteroffiziere - die Jahrgänge 1905 und jünger noch weit stärker beteiligt, nämlich mit 79,2 vH an der Gesamtzahl der W-Personen. Die anderen Altersklassen nehmen wieder in gleichförmigem, fast gradlinigem Verhältnis ab.

Als letzte ergänzende Angabe zur Vorausmeldung sind Zahlen über die derzeitig im öffentlichen Dienst Beschäftigten aus den Zählblättern zusammengestellt worden.

Bei den BA-Personen sind es etwa ein Viertel von der Gesamtzahl der Erfassten (26,1 vH), wobei bemerkenswert ist, dass Hessen und Bremen mit 34,8 vH bzw. 33,4 vH beträchtlich über dem Gesamt-Bundesdurchschnitt liegen. Bei Hessen fällt ins Gewicht, dass hier der Wohnsitz für den größten Teil der Beamten und Angestellten des Bundes liegt.

Von den erfassten W-Personen sind nur ein Fünftel (20,2 vH) z.Zt. im öffentlichen Dienst beschäftigt. Über den Anteil der einzelnen W-Gruppen an dieser Zahl kann noch nichts Abschlissendes angegeben werden. Doch dürfte wahrscheinlich die Gruppe 5, also die Wehrmachtbeamten, einen relativ großen Anteil stellen, da diesen nach Ausbildung und Tätigkeit der Übergang in eine Beschäftigung der Zivilverwaltung wesentlich leichter war.

① Verdrängte Beamte im Bundesgebiet  
(Statistische Erfassung zu Artikel 131 Grundgesetz)

Ergebnisse der  
Vorausmeldung  
BA - Personen

L ä n d e r	Ins- gesamt	davon in den Gruppen								Derzeit im 8ftl. Dienst
		1	2	3	4	5	6	7		
		Heimatver- triebene Beamte	Sonstige zugewan- derte Beamte	Beamte aufge- löst Dienst- stellen	Im Zuge der Entnazifiz. aus ihrem Amt entfernte Beamte	Ange- stellte und Arbeiter	Gruppen 1-5	Versor- gungs- empfänger	Angehörige verstorbe- ner oder vermisster Beamten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Zahl der erfassten Personen										
Bundesgebiet	248 345	82 925	25 733	10 005	57 386	30 341	206 390	24 271	17 684	64 805
davon:										
Schlesw.-Holstein	25 125	11 060	2 985	912	1 776	3 816	20 549	2 521	2 055	7 087
Hamburg	6 249	1 445	998	312	1 777	1 009	5 541	413	295	1 569
Niedersachsen	57 693	21 626	7 657	1 743	4 336	9 627	44 989	7 109	5 595	13 989
Nordrhein-Westf.	29 712	9 982	3 841	2 012	7 259	3 860	26 954	1 206	1 552	6 612
Bremen	3 077	573	268	109	1 292	453	2 695	165	217	1 029
Hessen	35 447	8 002	3 299	1 411	14 356	3 854	30 922	2 569	1 956	12 340
Württbg.-Baden	20 389	5 879	1 381	823	7 675	1 622	17 380	1 824	1 185	5 188
Bayern	60 091	22 121	4 132	1 977	14 718	4 925	47 873	7 926	4 292	14 973
Rheinland-Pfalz	5 422	729	576	431	2 651	712	5 099	139	184	866
Baden	2 474	570	285	126	939	202	2 122	174	178	402
Württbg.-Hohenz.	2 457	865	292	147	570	231	2 105	189	163	693
Lindau	209	73	19	2	37	30	161	36	12	57
Anteil in vH										
Bundesgebiet	100	33,4	10,4	4,0	23,1	12,2	83,1	9,8	7,1	26,1
davon:										
Schlesw.-Holstein	10,1	44,0	11,9	3,6	7,1	15,2	81,8	10,0	8,2	28,2
Hamburg	2,5	23,1	16,1	5,0	28,4	16,1	88,7	6,6	4,7	25,1
Niedersachsen	23,2	37,5	13,3	3,0	7,5	16,7	78,0	12,3	9,7	24,2
Nordrhein-Westf.	12,0	33,6	12,9	6,8	24,4	13,0	90,7	4,1	5,2	22,3
Bremen	1,2	18,6	8,7	3,5	42,0	14,7	87,5	5,4	7,1	33,4
Hessen	14,3	22,6	9,3	4,0	40,5	10,9	87,3	7,2	5,5	34,8
Württbg.-Baden	8,2	28,8	6,8	4,1	37,6	8,0	85,3	8,9	5,8	25,4
Bayern	24,2	36,8	6,9	3,3	24,5	8,2	79,7	13,2	7,1	24,9
Rheinland-Pfalz	2,2	13,4	10,6	7,9	48,9	13,1	94,0	2,6	3,4	16,0
Baden	1,0	23,0	11,5	5,1	38,0	8,2	85,8	7,0	7,2	16,2
Württbg.-Hohenz.	1,0	35,2	11,9	6,0	23,2	9,4	85,7	7,7	6,6	28,2
Lindau	0,1	34,9	9,1	1,0	17,7	14,3	77,0	17,2	5,8	27,3
je 100 000 Einwohner										
Bundesgebiet	523	175	54	21	121	64	435	51	37	137
Schlesw.-Holstein	928	409	110	34	66	141	759	93	76	260
Hamburg	403	93	64	20	115	65	357	27	19	101
Niedersachsen	838	314	111	25	63	140	653	103	81	211
Nordrhein-Westf.	229	77	30	16	56	30	208	9	12	51
Bremen	566	105	49	20	238	83	495	30	40	189
Hessen	823	186	77	33	333	89	718	60	45	286
Württbg.-Baden	527	152	36	21	198	42	449	47	31	134
Bayern	650	240	45	21	160	54	520	86	46	162
Rheinland-Pfalz	187	25	20	15	91	25	176	5	6	30
Baden	192	44	22	10	73	16	165	13	14	31
Württbg.-Hohenz.)	222	78	25	12	51	22	188	19	15	63
Lindau )										

2 Ehemalige Berufssoldaten im Bundesgebiet

(Statistische Erfassung zu Artikel 131 Grundgesetz)

Ergebnisse der  
Vorausmeldung

W - Personen

L ä n d e r	Insge- samt	davon in den Gruppen								Derzeit im öffent- lichen Dienst
		1	2	3	4	5	6	7		
		Berufs- offi- ziere	Berufs- unter- offi- ziere	Offi- ziere im Truppen- sonder- dienst	Führer des RAD	Wehr- macht- beamte	Gruppen 1-5	Versor- gungs- empfän- ger	Angehö- rige verstor- bener oder ver- mißter W-Pers.	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Zahl der erfassten Personen										
Bundesgebiet	194 324	35 080	74 571	9 077	14 464	20 758	153 950	23 990	16 384	39 329
davon:										
Schlesw.-Holstein	25 783	4 587	9 911	995	1 309	3 189	19 991	3 691	2 101	4 963
Hamburg	6 293	1 553	2 055	378	234	799	5 019	945	329	1 319
Niedersachsen	45 488	7 871	16 934	1 933	3 133	5 700	35 571	5 827	4 090	7 740
Nordrhein-Westf.	29 484	5 663	12 100	1 498	2 622	2 622	24 505	2 565	2 414	5 492
Bremen	3 541	637	1 668	85	165	317	2 872	442	227	859
Hessen	20 737	3 698	7 573	880	1 555	2 358	16 064	2 843	1 830	4 803
Württemberg-Baden	12 069	2 367	4 465	720	933	1 041	9 526	1 578	965	2 826
Bayern	38 921	6 693	14 982	2 104	3 042	3 701	30 522	5 044	3 355	8 797
Rheinland-Pfalz	5 117	777	2 144	151	848	414	4 334	338	445	898
Baden	3 407	628	1 290	141	308	305	2 672	441	294	790
Württemberg-Hohenz.	3 243	572	1 359	167	309	297	2 704	232	307	749
Lindau	241	34	90	25	6	15	170	44	27	93
Anteil in vH										
Bundesgebiet	100	18,1	38,4	4,7	7,4	10,7	79,3	12,3	8,4	20,2
davon										
Schlesw.-Holstein	13,3	17,8	38,4	3,9	5,1	12,4	77,5	14,3	8,1	19,1
Hamburg	3,2	24,7	32,7	6,0	3,7	12,7	79,8	15,0	5,2	21,0
Niedersachsen	23,4	17,3	37,2	4,2	6,9	12,5	78,2	12,8	9,0	17,0
Nordrhein-Westfalen	15,2	19,2	41,0	5,1	8,9	8,9	83,1	8,7	8,2	18,6
Bremen	1,8	18,0	47,1	2,4	4,7	8,9	81,1	12,5	6,4	24,3
Hessen	10,6	17,9	36,5	4,2	7,5	11,4	77,5	13,7	8,8	23,2
Württemberg-Baden	6,2	19,6	37,0	6,0	7,7	8,6	78,9	13,1	8,0	23,4
Bayern	20,0	17,2	38,5	5,4	7,8	9,5	78,4	13,0	8,6	22,6
Rheinland-Pfalz	2,6	15,2	41,9	2,9	16,6	8,1	84,7	6,6	8,7	17,5
Baden	1,8	18,4	38,0	4,1	9,0	9,0	78,5	12,9	8,6	23,2
Württemberg-Hohenz.	1,7	17,6	41,9	5,1	9,5	9,2	83,4	7,2	9,4	13,1
Lindau	0,1	14,1	37,3	10,4	2,5	6,2	70,5	18,3	11,2	38,6
je 100 000 Einwohner										
Bundesgebiet	410	74	157	19	30	44	324	51	35	83
Schleswig-Holstein	949	169	366	37	48	118	738	136	78	182
Hamburg	406	100	133	24	15	52	324	61	21	85
Niedersachsen	661	114	246	28	46	83	517	85	59	112
Nordrhein-Westfalen	227	44	93	12	20	20	189	20	18	42
Bremen	651	117	307	16	30	58	528	81	42	158
Hessen	481	86	176	20	36	55	373	66	42	112
Württemberg-Baden	311	61	115	19	24	27	246	40	25	73
Bayern	422	73	162	23	33	40	331	55	36	95
Rheinland-Pfalz	176	27	74	5	29	14	149	12	15	31
Baden	264	49	100	11	24	23	207	34	23	61
Württemberg-Hohenz.	290	51	120	16	26	26	239	23	28	70
Lindau										

3 Verdrängte Beamte und ehemalige Berufssoldaten  
im Bundesgebiet

Ergebnisse der  
Vorausmeldung

(Statistische Erfassung zu Artikel 131 Grundgesetz)

Altersschichtung der Gruppen 1 - 5

BA- und W-Personen

L ä n d e r	Ins- gesamt	davon											
		bis 45 J.		46 - 50 J.		51 - 55 J.		56 - 60 J.		61 - 65 J.		über 65 J.	
	Anzahl	Anz.	vH	Anz.	vH	Anz.	vH	Anz.	vH	Anz.	vH	Anz.	vH
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Verdrängte Beamte (B A - Personen)													
Bundesgebiet	206 390	65 577	31,8	43 295	21,0	38 800	18,7	29 934	14,5	17 105	8,3	11 679	5,7
davon													
Schlesw. Holst.	20 549	5 759	28,0	4 339	21,1	4 088	19,9	3 132	15,2	1 823	8,9	1 408	6,9
Hamburg	5 541	1 663	30,0	1 111	20,1	1 116	20,1	884	15,9	459	8,3	308	5,6
Niedersachsen	44 989	14 746	32,8	9 761	21,7	8 322	18,5	6 157	13,7	3 311	7,4	2 692	5,9
Nordrh.-Westf.	26 954	9 262	34,4	5 951	22,1	5 243	19,5	3 772	13,9	1 774	6,6	952	3,5
Bremen	2 695	795	29,5	572	21,2	530	19,7	458	17,0	252	9,4	88	3,2
Hessen	30 922	9 711	31,4	6 350	20,5	5 674	18,3	4 606	14,9	2 676	8,7	1 905	6,2
Württbg.-Baden	17 380	5 029	28,9	3 371	19,4	3 043	17,5	2 666	15,3	1 862	10,7	1 409	8,1
Bayern	47 873	15 264	31,9	9 873	20,6	8 955	18,7	6 976	14,6	4 290	9,0	2 515	5,2
Rheinland.-Pfalz	5 099	1 995	39,1	1 052	20,8	950	18,6	631	12,4	316	6,1	155	3,0
Baden	2 122	668	31,4	428	20,1	434	20,4	335	15,8	152	7,2	105	5,0
Württbg. Hohenz.	2 105	634	30,1	455	21,6	417	19,8	296	14,1	174	8,3	129	6,1
Lindau	161	51	31,6	32	19,9	28	17,4	21	13,0	16	9,9	13	8,1
Ehemalige Berufssoldaten (W - Personen)													
Bundesgebiet	153 950	121 914	79,2	11 893	7,7	8 202	5,3	6 092	4,0	3 036	2,0	2 813	1,8
davon:													
Schlesw. Holst.	19 991	15 250	76,3	1 953	9,8	1 100	5,5	799	4,0	463	2,3	426	2,1
Hamburg	5 019	3 693	73,6	424	8,4	351	7,0	277	5,5	160	3,2	114	2,3
Niedersachsen	35 571	27 702	77,9	3 125	8,8	2 001	5,6	1 469	4,1	687	1,9	587	1,7
Nordrh. Westf.	24 505	20 126	82,1	1 544	6,3	1 209	3,9	836	3,6	420	1,7	370	1,5
Bremen	2 872	2 385	83,1	193	6,7	116	4,0	93	3,2	42	1,5	43	1,5
Hessen	16 064	12 887	80,1	1 055	6,6	831	5,2	629	3,9	301	1,9	361	2,2
Württbg.-Baden	9 526	7 615	79,9	668	7,0	497	5,2	403	4,2	194	2,0	149	1,6
Bayern	30 522	24 039	78,8	2 336	7,7	1 650	5,4	1 259	4,1	605	1,9	633	2,1
Rheinl.-Pfalz	4 334	3 720	85,8	203	4,7	179	4,1	130	3,0	64	1,5	38	0,9
Baden	2 672	2 192	82,0	164	6,1	138	5,2	95	3,6	51	1,9	32	1,2
Württbg. Hohenz.	2 704	2 170	80,3	216	8,0	116	4,3	95	3,5	48	1,7	59	2,2
Lindau	170	135	79,4	12	7,1	14	8,2	7	4,1	1	0,6	1	0,6